

Er scheint wöchentlich zu erscheinen. ... Der Weltspiegel, ...



Verlag: ... Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 130 Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang Freitag, 18. März 1922

Amerita gegen Abrüstungskontrolle.

Das Rheinland und Genf.

Das Vertrauen auf den guten Willen.

Die Frage des chemischen Krieges. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Regierung der Vereinigten Staaten übermittelte, wie angekündigt, dem Generalsekretär des Völkerbundes ein ausführliches Memorandum, in dem der Bericht der Untersuchungskommission über die mit der Abrüstungsfrage zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen von amerikanischen Standpunkt beleuchtet wird.

Abjluß solcher Abkommen zwischen der amerikanischen Industrie und derjenigen anderer Länder.

Die Vorschläge, in ein Abrüstungsabkommen Bestimmungen einzufügen, daß bei Nichteinhaltung des Abkommens gegebenenfalls ein Klageverfahren eingeleitet werden soll, kommen für die Vereinigten Staaten nicht in Betracht, da sie nicht Mitglied des Völkerbundes sind.

Die Enttäuschung der rheinischen Bevölkerung über das negative Ergebnis in Genf. — Die ungeklärten Rechtsverhältnisse im besetzten Gebiet. — Die Kodifikation der Ordnungen immer noch nicht beendet. — Die ungünstige Wirkung der Westfälischen Reden.

Von unserem Korrespondenten Dr. Alfred Krüger.

In Köln, das sich unter der liebevollsten Führung des Oberbürgermeisters Dr. Udenaer immer mehr zur repräsentativen Hauptstadt des Rheinlandes entwickelt, hat man diesmal den Karneval in ausgelassener Fröhlichkeit gefeiert. In den übrigen Städten der noch besetzten Provinz fiel ein Schatten auf das rheinische Volksfest.

Das Memorandum behandelt dann die Frage der Überwachung und Regulierung gewisser wichtiger nationaler Industrien und internationaler Abkommen, den Austausch von Fabriken und die Rationalisierung der Produktionen betreffend ferner die Frage der Sammlung und Veröffentlichung von Produktionsstatistiken.

Was die Beschränkung der Rüstung durch Herabsetzung der Heresaufgaben anbelangt, so betont das Memorandum, daß die Heresaufgaben weder ein Mittel zum Vergleich der Rüstungen, noch eine gerechte Grundlage für die Rüstungsbeschränkung darstellen.

Keudells Etatede.

Das Unzulängliche. — hier wird's Ereignis!

P. St. Als die vierte Nachmittagsstunde schlug, ging gestern im Reichstag die Schlußabstimmung zum Etat des Reichsfinanzministeriums vor sich. Es war ein umfangreiches und eintöniges Verfahren, und wenn sich das bisher fast völlig leere Haus trotzdem zu füllen begann, dann geschah es deshalb, weil man mit einiger Spannung der Rede entgegenfah, mit der der deutschnationale Innenminister des vierten Kabinetts Marx die Beratung seines Etats im Plenum einzuleiten gedachte.

auf anderen Gebieten. Darum gab es gestern einen Moment allgemeinen Erstaunens, ja der Verblüffung, als Herr v. Keudell sich am Schlusse seiner Ausführungen legte. Man hatte sich nämlich gerade die Frage vorgelegt, wann er endlich anfangen werde, und mußte erkennen, daß er bereits am Ende war und die wichtigsten Probleme sozusagen „im Auge erlitten“ hatte.

Es ist etwas Merkwürdiges um die Reden der Minister des vierten Kabinetts Marx, aber die Rede, mit der Herr v. Keudell gestern einen der wichtigsten Einzellets dem Parlament unterbreitete, war zweifellos eine besondere Leistung. Sie war von dem fast ängstlichen Bestreben diktiert unter Wahrung und Berücksichtigung deutschnationaler „Belange“ nach Möglichkeit der Opposition keine Angriffsflächen zu bieten.

Der frasse Widerspruch, der darin besteht, daß der größte Teil der Rheinprovinz von einem kriegsrauten Meer belehrt und mit einem engmaschigen Netz von Gendarmereinfaltungen überzogen ist, während der deutsche Außenminister dem Völkerbund prädiert, wird natürlich hier viel stärker empfunden als im übrigen Deutschland. Man hat zwar nach dem Abschlusse der Locarno-Verträge die Kreisdelegierten abgeschafft, aber dafür zahllose Gendarmereinfaltungen in allen kleinen Ortschaften, wo sich kein Militär befindet, eingerichtet. Sie üben eine händliche scharfe Kontrolle aus und bilden für die Bevölkerung eine empfindliche Belastung.